



Aktuelles von der Arbeiterwohlfahrt im Ennepe-Ruhr-Kreis

EN-Magazin



Stellenanzeige auf vier Rädern Fachkräftemangel fordert Kreativität

Hilferufe aus der OGS

AWO richtet Forderungen zur Offenen Ganztagschule an Landtags-Kandidat*innen.

Kritik an Werkstätten

Werkstatttrat widerspricht negativen Darstellungen von Fairtrade-Aktivisten.

Spenden für Kriegsgeflüchtete

Ortsvereine unterstützen Aktion Paket-Pat*innen der AWO Ruhr-Mitte in Bochum.

Moment mal WIR setzen Krieg und Gewalt Menschlichkeit entgegen

Wenn ich diese Zeilen schreibe, geht der Krieg in der Ukraine in die dritte Woche. Ich hoffe, dass die Kämpfe beendet sind, wenn Ihr diese Zeilen lest. Viele unserer Mitglieder - wie meine Eltern - haben als Kind noch Krieg miterlebt und erinnern sich hautnah, welche Katastrophe das bedeutet.

Die Schrecken der Zerstörung kommen jeden Tag mit den Fernsehbildern zu uns. Man kann kaum das Leid der Menschen ermesen, die – nur mit dem Allernötigsten in zwei Taschen gepackt – ihre Heimat und manchmal auch Ihre Liebsten zurücklassen. Nicht zu glauben, dass dies im heutigen Europa möglich ist. (Aber es findet - von uns häufig kaum beachtet – auch in vielen anderen Regionen der Welt statt). WIR setzen Krieg und Gewalt Menschlichkeit entgegen. Ich bin sehr dankbar und berührt über die große Hilfsbereitschaft, die den Flüchtenden entgegengebracht wird. Wir als AWO sind mit Tatkraft, Sach- und Geldspenden dabei. Ich danke Euch sehr dafür!

Bei allem Entsetzen über Putins Krieg müssen wir aber so handeln, dass in der Zeit „danach“ das Miteinander der Staaten in Europa und das Zusammenleben der Menschen in den Ländern möglich bleibt. Putins Krieg ist nicht der Krieg der Russen – und schon gar nicht der jungen und alten Generation. Die Zeit „danach“ muss eine Zeit des Friedens werden, nicht der Militarisation!

Jedes Jahr 2 % des Bruttoinlandsproduktes für Militär ausgeben zu wollen, heißt für Deutschland, jedes Jahr rund 20 Milliarden € mehr für Rüstung auszugeben. Wir müssen aber den Klimawandel bekämpfen, unser Land gerechter

machen, Brücken sanieren und unser Land fit für die Herausforderungen der Zukunft machen. Wir arbeiten als AWO jeden Tag daran, die Lebensbedingungen von Kindern, sozial Benachteiligten, Menschen mit Behinderungen oder Senioren zu verbessern. Dafür brauchen wir das Geld!



Das werden wir auch von der neuen Bundesregierung einfordern, die die Möglichkeit hat, Fortschritt und Besseres für die Menschen zu bewirken. Vieles wie die Kindergrundsicherung werden wir gerne unterstützen, aber uns auch mit Vorschlägen und Kritik nicht zurückhalten. Zu wenig Ansätze sehen wir z. B. bei der Bekämpfung der größer werdenden Kluft zwischen Arm und Reich.

Einmischen werden wir uns auch bei der Landtagswahl. Dort werden Entscheidungen getroffen, die uns, unsere Arbeit und die Menschen, für die wir arbeiten, unmittelbar betreffen: Wenn es um Bildungsgerechtigkeit und offene Ganztagschule geht, Alleinerziehende oder Kinderarmut. Wir haben in den

letzten Jahren sehr gut, offen und kritisch mit unseren Landtagsabgeordneten zusammengearbeitet und werden das weiterhin tun. Dass das schon funktioniert, ist im Heft zu lesen. Dass wir auf Hubertus Kramer verzichten müssen, macht uns sehr traurig. Wir sind im Gedankens bei seiner Familie ...

Auch wenn diese Sorgen vorherrschen, dürfen andere Probleme nicht aus dem Blick geraten. Die Corona-Pandemie bestimmt seit zwei Jahren unser Leben. Wir können sie in den Griff bekommen, wenn wir Grundregeln wie Abstandhalten noch eine Zeit lang einhalten und die Zahl der Geimpften endlich deutlich zunimmt. Wir haben viele Einschränkungen hinnehmen müssen: Begegnungen und Beisammensein waren nicht oder nur eingeschränkt möglich, Arbeitsbedingungen erschwert und die Belastung bei der Arbeit für und mit Menschen in der Pflege, den Kitas, Wohnheimen, Werkstätten usw. ist mitunter über das Erträgliche hinaus gegangen.

Dennoch haben unsere Ehren- und Hauptamtlichen nicht nur die AWO EN, sondern unsere Gesellschaft in schwierigen Zeiten am Leben erhalten. Das macht mich und den Vorstand sehr froh und stolz! Danke an Euch alle! Auf die AWO ist Verlass!

Es bleibt auch in 2022 genug zu tun! Dazu brauchen wir Dich, dazu brauchen wir Euch als AWO-Mitglieder! Danke, dass Ihr dabei seid!

Glückauf

René Röspel

René Röspel (Foto)
Kreis- und Unterbezirksvorsitzender AWO EN

Dem Fachkräftemangel gezielt mit Ausbildungsangeboten begegnen

In den 32 Kitas und 24 Offenen Ganztagschulen der AWO EN sind im Schnitt 30 Stellen für Erzieher*innen, Ergänzungs- und Hilfskräfte immer offen – Tendenz steigend. Eine Stellenanzeige auf der Homepage reicht längst nicht mehr, um diejenigen, die eine Stelle suchen, aufmerksam zu machen.

Sogar großflächig und plakativ auf drei Busse des Verkehrsverbundes Ennepe-Ruhr und der Bogestra geklebt, führen die Stellenanzeigen der AWO EN von Dezember bis Ende März im EN-Kreis und auch in Hagen und Wuppertal umher.

„Vor allem Fachkräfte fehlen uns. Wir suchen Erzieher*innen. Aber auch Heilpädagog*innen sowie Gesundheits- und Krankenpfleger*innen mit dem Schwerpunkt Kinderheilkunde können wir in unseren Einrichtungen beschäftigen“, erläutert Heike Wallis-van der Heide, Leitung des Fachbereiches Kinder und Familie. Besonders schwer sei es, Stellen in den Offenen Ganztagschulen zu besetzen: „Weil die Betreuung

der Kinder erst nach Schulschluss beginnt, können wir dort nur Teilzeitstellen anbieten. Zudem ist die Bezahlung dort schlechter und die Belastung größer als in den Kitas, weil das Land NRW hier immer noch keine Regeln vorgibt, die mit denen in Kitas vergleichbar sind.“ Fehlende Standards und zu viele Kinder in den Gruppen, erschweren die Arbeit.

Weil es einfach viel zu wenige Fachkräfte und zu wenig Nachwuchs im eigentlich doch wichtigen und schönen Arbeitsfeld „Kinderbetreuung“ gibt, setzt die AWO schon seit längerer Zeit gezielt auf Ausbildung in ihren Einrichtungen. Aktuell sind es 66, ab dem Sommer werden es 90 Frauen und Männer sein, die in ihrer Praxisintegrierten Ausbildung (PIA) zu Erzieher*innen oder Kinderpfleger*innen den Praxisteil bei der AWO EN absolvieren. Aber auch Praktikant*innen im Anerken-



nungsjahr sowie Teilnehmer*innen am dualen Studiengang „Kindheitspädagogik“ gehören dazu. „In jeder Kita haben wir Mitarbeiter*innen, die sich zu Praxisanleiter*innen haben ausbilden lassen, um die Auszubildenden in den Praxisphasen unterstützen zu können. Zudem haben wir im Fachbereich eine zusätzliche Stelle zur Ausbildungscoordination geschaffen“, unterstreicht Heike Wallis-van der Heide das Engagement der AWO EN für die Nachwuchsgewinnung.

Birgitta Heldt (kl. Foto), die Koordinatorin für Ausbildung, ist Ansprechpartnerin für die Auszubildenden, wenn es Probleme in der Praktikumsstelle oder in der Schule gibt. Sie pflegt den Kontakt mit den Berufskollegs im Umfeld, an denen die schulische Ausbildung stattfindet, und organisiert ergänzenden Unterricht für die Auszubildenden bei der AWO EN. Dabei geht es um wichtige Fachthemen, aber auch um Haltung und Werte der AWO.

So viel Engagement für die Nachwuchsförderung ist für die AWO EN auch ein finanzieller Kraftakt. Denn in der PIA bekommen die Auszubildenden, anders als bei der rein schulischen Ausbildung, vom ersten Tag an ein Gehalt. Für angehende Erzieher gibt es Zuschüsse des Landes, die aber bei weitem nicht kostendeckend sind.

„Wir hoffen einfach, dass es eine Investition in die Zukunft ist, die sich auszahlt und viele Auszubildende nach Abschluss der Ausbildung bei uns bleiben“, sagt die Bereichsleiterin. Was die PIA von Kinderpfleger*innen betrifft, freut sie sich über die Ankündigung des Landes NRW, auch hier erneut ab Sommer Fördermittel der Europäischen Union und aus dem Landeshaushalt zur Verfügung zu stellen.



Heike Wallis-van der Heide und Torsten Beerhenke, Fachberater für Kindertageseinrichtungen, setzen bei der Gewinnung von Fachkräften auch auf Ausbildung in den Einrichtungen der AWO EN. Fotos (2): Bernd Henkel



Die Kampagne „Gute OGS darf keine Glückssache sein“ hat nach fast fünf Jahren nicht zu Veränderungen in der NRW-Politik geführt. Nun werden Kandidat*innen für die Landtagswahl angesprochen. Foto:AWO EN Archiv

Verbesserungen in Offener Ganztagschule überfällig

„Seit drei Jahren versuchen wir vergeblich, die Aufmerksamkeit der Landesregierung auf die fehlenden Standards und die drastische Unterfinanzierung des Offenen Ganztags (OGS) zu lenken“, ärgert sich Jochen Winter, Chef der AWO im EN-Kreis, „aber unsere trägerübergreifende landesweite Kampagne wird offensichtlich genauso wenig wahrgenommen wie das ganze völlig unterschätzte Arbeitsfeld“.

Damit sich in der neuen Legislaturperiode des NRW-Landtags endlich etwas bewegt in der Offenen Ganztagschule, wenden sich alle AWO Unterbezirke im westlichen Westfalen mit einem gemeinsamen Positionspapier an die Landtagskandidat*innen von CDU, SPD, GRÜNEN, FDP und LINKEN. Die AWO EN hatte den Kandidaten im Kreis das Positionspapier persönlich zugeschickt.

Gefordert werden darin unter anderem die Einführung von Qualitätsstandards, bessere personelle und sächliche Ausstattung sowie die Umsetzung des Bildungs- und Betreuungsauftrags. Das Positi-

onspapier mit seinen Forderungen bildet dabei die gemeinsame Maßeinheit, an der die Aussagen der Kandidat*innen der fünf Parteien gemessen werden sollen. Zustimmung Reaktionen kamen umgehend von GRÜNEN, CDU und SPD (siehe Seite 7, Dr. Nadja Bütetführ).

Yvonne Gebauer und Joachim Stamp, zuständige Minister*innen der amtierenden Regierung, hatten sich an ihrem ersten Arbeitstag in Düsseldorf das Kampagnen-T-Shirt mit dem Aufdruck „Gute OGS darf keine Glückssache sein“ auf der Bühne der Freien Wohlfahrtspflege übergestreift. „Das war's dann aber!“, kommentiert der AWO Geschäftsführer den weiteren Verlauf der hoffnungsvoll gestarteten Aktivitäten der Spitzenpolitiker*innen im Arbeitsfeld OGS.

Der von der Bundesregierung beschlossene Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz ab 2026 und die am 15. Mai anstehende Landtagswahl in NRW sollen nun nochmals als Rückenwind genutzt werden, um die überfälligen Verbesserungen einzufordern.

Omikron hat Mitarbeiter*innen stark gefährdet

Die Finanzierung einer besonderen Corona-Prämie für Kräfte in den Kindertageseinrichtungen, den offenen Ganztagschulen und auch in der Kindertagespflege hat Jochen Winter, Geschäftsführer der AWO EN, auf dem Höhepunkt der Omikron-Welle im Februar gefordert.

Die Zahl der infizierten Mitarbeiter*innen und Kinder war zu diesem Zeitpunkt massiv gestiegen. „Unsere Mitarbeiter*innen sind völlig überlastet, weil sie die vielen Ausfälle vor Ort auffangen müssen“, sagte Heike Wallis-van der Heide, Leiterin des Fachbereichs „Kinder und Familie“, zu dem unter anderem 32 Kitas und Familienzentren mit rund 400 Mitarbeiter*innen im EN-Kreis gehören. „Neben der Angst, sich anzustecken, ist es vor allem das Unverständnis der Eltern, das die Mitarbeiter*innen zunehmend unter Druck setzt“, ergänzte Torsten Beerhenke, der als Fachberater für Kindertageseinrichtungen zuständig ist.

Corona-Prämie

Vor allem fehlende landeseinheitliche Regelung und Vorgaben in NRW im Umgang mit Schließungen führten zu Ausnahmeständen vor Ort. Zur Forderung nach einer Corona-Prämie für Kita Mitarbeiter*innen erläutert Jochen Winter: „Omikron hat unsere Mitarbeiter*innen einer besonderen Gefährdungslage ausgesetzt, auch weil sie ohne Schutz von Masken und bei ständiger Unterschreitung des Abstandsgebotes mit den Kindern ihr Bestes geben. Ihre Arbeit gehört ebenso wie die in den Gesundheitsberufen wertgeschätzt. Wir haben dieser Tatsache im letzten Jahr durch einen Tarifabschluss deutlich über dem Öffentlichen Dienst Rechnung getragen.“

„Mit uns Werkstattbeschäftigten sprechen und nicht über uns“

Standards für fairen Handel würden in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen nicht gelten. Die Menschen dort seien unterbezahlt, dürften sich nicht gewerkschaftlich organisieren und hätten keinen Zugang zum regulären Arbeitsmarkt.

All das behauptet der Aktivist Raul Krauthausen in einem Artikel, der im Februar in der Wochenzeitung ZEIT erschienen ist. Kai Kraft, Vorsitzender des Werkstattrates der Werkstätten für Menschen mit Behinderung der AWO EN, und der Leiter des Fachbereiches Michael Stecken widersprechen diesen Aussagen im Interview vehement.

Kai Kraft: Da spricht jemand über das System der Werkstätten, der noch nie eine Werkstatt von innen gesehen hat. Herr Krauthausen hat zwar eine Behinderung, war aber nie in einer Werkstatt. Alle Kontaktversuche und Einladungen zu Gesprächen seitens unserer NRW-Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstattträger (LAG), sie vertritt 70 000 Beschäftigte, hat er bisher abgelehnt.

Herr Kraft, was halten denn Sie persönlich von den Werkstätten? Sollten Menschen mit Behinderungen nicht mehr als

bisher in den regulären Arbeitsmarkt integriert werden?

Kai Kraft: Für den weitaus größten Teil der Beschäftigten in den Werkstätten ist dieses System genau das Richtige. Auf dem regulären Arbeitsmarkt wären sie überfordert, sie kämen dort nicht zurecht und könnten dem Druck nicht standhalten. Zunächst müsste sich der reguläre Arbeitsmarkt erheblich verändern, müsste inklusiver werden.

Michael Stecken (kl. Foto): Diejenigen zum Beispiel, die in unserer Elektrowerkstatt für Menschen mit psychischen Behinderungen arbeiten, sind vielfach aufgrund des Drucks am Arbeitsplatz erkrankt und wurden aus dem regulären System gedrängt. Ohne Werkstätten gäbe es für sie keine Tagesstruktur und keine Teilhabe am Arbeitsleben mehr.

Wie stehen Sie zum Vorwurf der Unterbezahlung?

Michael Stecken: Zunächst muss man sagen, die Bezahlung der Beschäftigten erfolgt entsprechend

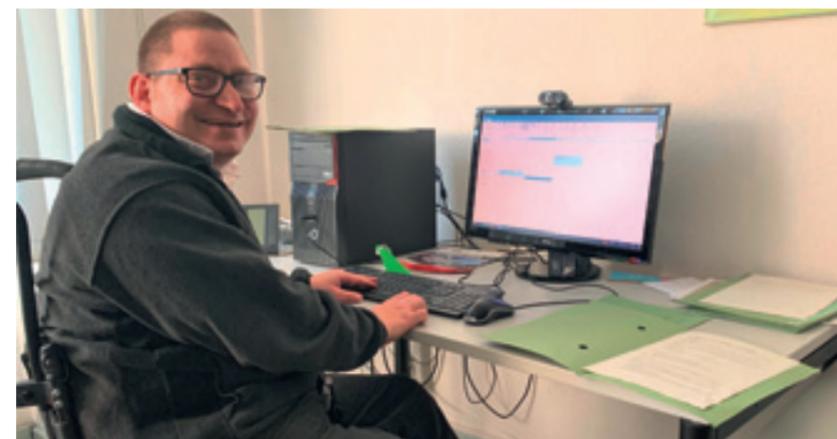
geltender Gesetze. Der monatliche Mindestbetrag liegt bei 109 Euro und wird je nach Leistung aus den Gewinnen der Werkstätten auf bis zu rund 500 Euro erhöht. Die Menschen, die bei uns arbeiten, sind infolge vielfältiger Erkrankungen voll erwerbsgemindert und in ihrer Leistungsfähigkeit erheblich eingeschränkt. So können wir auch keine hohen Erlöse erwirtschaften.

Kai Kraft: Natürlich gibt es auch hier den einen oder anderen, der nach mehr Geld ruft. Über unsere LAG arbeiten wir mit Politikern zusammen und haben eine weitere Entgelt-Erhöhung ab 2023 erzielt.

Kann es nicht auch positiv sein, wenn Menschen mit Behinderungen, die in Werkstätten arbeiten, durch Beiträge wie den von Herrn Krauthausen Aufmerksamkeit erlangen?

Kai Kraft: Da muss man sich erst einmal fragen, was mit dem Beitrag erreicht werden soll. Die Abschaffung der Werkstätten? Dann sind allein in NRW 70 000 Menschen mit schweren Behinderungen arbeitslos. Natürlich haben solche Beiträge Effekte. Aber die können nur gut sein, wenn man mit uns in den Werkstätten spricht und nicht über uns.

Michael Stecken: Wenn unsere Kunden solche Behauptungen lesen, dass es in Werkstätten nicht fair zugeht, bekommen sie Panik und springen ab. Das führt zu großen Problemen für uns. Und was die angeblich fehlende Mitbestimmung angeht: Werkstattträger haben durch politische Unterstützung gerade in den letzten Jahren viel Einfluss gewonnen. Ähnlich wie bei Betriebsräten kann ohne ihre Zustimmung vieles nicht umgesetzt werden und wir kämen in Teufels Küche, würden wir es missachten.



Kai Kraft ist Vorsitzender des Werkstattrates der AWO EN. Foto: AWO EN



Ein neuer Wohnhausbeirat für die Außenwohngruppen sowie die Wohnhäuser Silschede und Villa Elberfeld wurde für die nächsten vier Jahre gewählt. Der Beirat mit der Vorsitzenden Anne Hesse (vorn), Protokollführer Dennis Braun, Beisitzer Sven Koester, Beisitzerin und Kümmererin Daniela Riepe und dem Vorsitzenden Lars Schlieper (v.l.) trifft sich einmal im Monat und tauscht sich über verschiedene Themen des Zusammenlebens in den Einrichtungen aus. Ingrid Schäfer (r.) unterstützt den Beirat schon seit einigen Jahren ehrenamtlich. Zuletzt hat der Beirat eng mit den Einrichtungsleitungen zusammenarbeitet, um Corona-Maßnahmen abzustimmen. Der Wohnhausbeirat vertritt die Bewohner*innen auch bei Terminen wie dem runden Tisch der Stadt Gevelsberg und den Überprüfungen der Einrichtungen durch die Heimaufsicht. Foto: AWO EN

„Macht Euch locker!“ - Neue Wege in der Drogenpolitik entsprechen Lebensrealität

Die Ampelkoalition in Berlin will Cannabis legalisieren und damit in der Drogenpolitik neue Wege gehen. AWO Geschäftsführer Jochen Winter (kleines Foto) hält es für richtig und überfällig:

Um es gleich vorweg zu sagen, neu sind die Ideen nicht, denn die deutsche Drogenpolitik zu Cannabis scheidet nicht erst in der Gegenwart. Sie war von Beginn an verfehlt. Schon vor 30 Jahren setzte die SPD mit dem Positionspapier „Neue Wege in der Drogenpolitik“ auf Entkriminalisierung, legalen Erwerb und kontrollierten Verkauf von Haschisch und Marihuana. Nur die Umsetzung scheiterte bisher. Zum einen war ein Umschwenken mit der Union nicht zu machen, zum anderen hatte die SPD auch irgendwie Angst vor der eigenen Courage.

Die geplante Gesetzesänderung trägt der Lebensrealität von Millionen Deutschen Rechnung. Cannabis als Genussmittel ist längst

etabliert, nicht nur unter jungen Menschen. Der kiffende Vater des Münsteraner Tatort-Kommissars Thiel ist zwar geschauspielert, gleichwohl hat die Konstellation nichts Ungewöhnliches.

Auch Bündnis 90/Die Grünen und die Freien Demokraten und damit alle Parteien der heutigen Ampelkoalition setzen auf die Freigabe.

Also – wenn nicht jetzt, wann dann? Die AWO NRW hatte als Antwort schon auf die erste Positionierung der SPD das Thesenpapier „Neue Wege in der Drogenhilfe“ entworfen und einhellig beschlossen. Wer Anfang der 90er akzeptierende Drogenarbeit machte, war schnell als Ketzer verschrien, dem wurde Begünstigung und Verführung unterstellt. Dabei konnte man schon vor mehr als 30 Jahren konsumierende Jugendliche nicht



erreichen, wenn man den Konsum von Cannabis grundsätzlich verteufelte. „Nun sagen Sie denen nochmal, dass das gefährlich ist“, lautete denn auch der gut gemeinte Zwischenruf eines Lehrers beim Besuch der Prophylaxefachkraft im Unterricht. Zurückhaltendes Geglückse und Gefeiße war die Reaktion aus der Klasse.

Trauen wir uns also, endlich einen anderen Blickwinkel einzunehmen, das Verbot aufzuheben, von der Entkriminalisierung zur Legalisierung zu steuern und wünschen wir den Koalitionären Mut und eine glückliche Hand. „Für erwachsene Menschen soll es legal möglich sein, in lizenzierten Geschäften Cannabis zu kaufen“, steht im Koalitionsvertrag. Es wird Zeit. Macht Euch locker!

Das AWO-Positionspapier ist unter folgendem Link im Internet abrufbar: www.awo.org/sites/default/files/2017-01/Cannabis_Position_AWO_Bu.pdf

„In benachteiligten Quartieren mehr in die Schulen investieren“

„Die Offene Ganztagschule ist wichtig, um für alle Kinder Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit zu erreichen“, nennt Dr. Nadja Bütetführ, SPD-Landtagsabgeordnete für die Städte Witten und Herdecke, ihre Herzensangelegenheit.

Für die Wahl im Mai kandidiert sie erneut und hofft, dass ihre Fraktion dann aus der Oppositionsrolle herauskommt und der Offenen Ganztagschule (OGS) den Stellenwert und die Mittel einräumen kann, die sie braucht und verdient.

In der OGS an der Wittener Hellwegschule betreuen zehn Mitarbeitende jeden Tag rund 130 Grundschulkindern in fünf Gruppen nach Schulschluss. Mittagessen in drei Schichten, Hausaufgabenbetreuung, Spielen, Projektarbeit, Tränen trocknen, Elterngespräche und so weiter – bei einem Besuch erlebte die Politikerin hautnah, dass in diesem quirligen Betrieb eigentlich niemand krank werden darf, wenn er laufen soll. Aber es hapert ja nicht allein am Personal, wie Petra Hartmann, OGS-Koordinatorin der

AWO EN, erläuterte: „Wir werden einfach immer vergessen. Ob Corona oder der Sturm neulich, wir sind für die Kinder da. Aber niemand spricht von uns oder denkt an uns, es geht immer nur um die Schule und den Unterricht.“

Die OGS, so führte Hartmann weiter aus, sei eben „kein Ikea-Bällebad“, sondern erfülle ebenso wie die Schule einen Bildungsauftrag. Dies aber seit rund 20 Jahren ohne Strukturvorgaben des Landes, die mit klaren Regeln zu auskömmlicher Finanzierung, Fachpersonal und Räumen einen Rahmen setzen könnten, der der wichtigen Aufgabe gerecht werde. Mit z. B. einer Fachkraft pro Gruppe plus Ergänzungskraft habe die AWO EN sich daher selbst Qualitätsstandards gesetzt.

„Viele Kinder mit Migrationshintergrund haben Sprachprobleme, viele leben in Armut, weil die Eltern arbeitslos sind oder auch alleinerziehend. Dazu kommen oft enge Wohnverhältnisse. Und nun kommen auch noch die Auswirkungen der Corona-Pandemie hinzu, die

die Kinder ganz besonders hart getroffen hat“, weiß Nadja Bütetführ sehr genau, unter welchen Voraussetzungen in der OGS gearbeitet wird.

Zumindest räumlich, so präsentierte Einrichtungsleiterin Janina Lieweries bei einem Rundgang, sieht es in der Hellwegschule recht gut aus. Die OGS hat einen eigenen Anbau mit genügend Räumen und eine Mensa. Das sei nicht überall so komfortabel. Wenn die OGS um 16 Uhr schließt können Kinder im Kindertreff, den die AWO EN im Auftrag der Stadt anbietet, sogar noch bis 18 Uhr betreut werden.

Die Landtagsabgeordnete, unter anderem Mitglied im Ausschuss „Kinder, Jugend und Familie“ nimmt die gesammelten Eindrücke mit in die nächste Legislaturperiode. In ihren Augen hat die Landespolitik, wenn es um insbesondere die jüngeren Kinder in der Schule gehe, viel versäumt und müsse auch mehr für besonders benachteiligte Kinder tun: „Landesweit 60 Talentschulen zu fördern ist der falsche Weg. Es muss überall deutlich mehr vor allem in Schulen in benachteiligten Quartieren investiert werden und mehr in Grundschulen und die OGS. Denn was man bei den Kleinen nicht erreicht wird man auch bei den Größeren nicht erreichen.“

Zur Person: Dr. Nadja Bütetführ lebt in Herdecke und ist verheiratet. Die Kommunikationswissenschaftlerin arbeitete bis zur Wahl in den Landtag selbständig im PR- und Werbereich. Sie ist SPD-Fraktionsvorsitzende im Herdecker Stadtrat. Im Landtag gehört sie dem Ausschuss „Kinder, Jugend und Familie“, dem Ausschuss für Kultur und Medien, der Kinderschutzkommission und der Enquetekommission für Demokratie und Partizipation an.



Janina Lieweries (Mitte) erklärte Dr. Nadja Bütetführ (r.) auch, wie die Hausaufgabenhilfe in der OGS organisiert ist. Foto: Bernd Henkel



Ina Blumenthal (2.v.l.) sprach mit Frauen aus dem Aktivcenter und Anleiterin Sandra Thomas (Mitte) darüber, wie schwer es ist, Berufstätigkeit und Kindererziehung in Einklang zu bringen. Foto: AWO EN

Alleinerziehende mit flexibleren Betreuungszeiten unterstützen

Rund 330 000 Alleinerziehende, davon gut 90 Prozent Frauen, ziehen in Nordrhein-Westfalen etwa 500 000 Kinder groß.

„Diese Frauen machen einen super Job. Es ist wichtig, sie besonders zu schützen. Deshalb wollen wir zum Beispiel die Randzeitenbetreuung in den Kinderbetreuungseinrichtungen ausbauen. Das ist für Frauen wichtig, wenn sie berufstätig sind“, unterstreicht Ina Blumenthal (SPD) bei einem Besuch im „Aktivcenter für Frauen und Alleinerziehende“ in Gevelsberg, ein Angebot der AWO EN im Auftrag des Jobcenters EN.

Alleinerziehenden sowie Familien mit politischen Veränderungen das Leben leichter zu machen, liegt der Landtagskandidatin für Gevelsberg, Ennepetal, Breckerfeld und Teile Hagens am Herzen. „Ich suche Arbeit, aber meine Tochter wird im Kindergarten nur bis 14 Uhr betreut. So ist es schwer, Arbeit zu finden. Aber mehr Betreuungszeit bekomme ich für mein Kind nur, wenn ich Arbeit habe“, bestätigt Vanessa Rendon, die sich im Aktivcenter auf eine Ausbildung zur Pflegeassistentin vorbereitet, dass flexiblere Betreuungszeiten in Kitas wirklich notwendig sind.

Von 14 Frauen sind an diesem Tag nur drei da, die übrigen sind selbst erkrankt oder müssen ihre kranken Kinder betreuen. Hisho Hama, die im Iran das Abitur gemacht hat,

möchte auch Pflegeassistentin werden, fürchtet aber, dass ihre Deutschkenntnisse noch nicht ausreichen. „Wir machen hier im Aktivcenter zwar keinen Deutschunterricht, aber die Frauen finden bei uns den Mut zu sprechen, auch wenn manches dabei nicht richtig ist. Wir lachen gemeinsam über Fehler“, erklärt Sandra Thomas der Politikerin. Dabei weist sie auch darauf hin, dass es für viele der Frauen ein Problem sei in Arbeit oder Ausbildung zu kommen, weil sie in jungen Jahren keinen Schulabschluss erreicht haben. Hier sollten nicht nur Abschlüsse, sondern auch Lebenserfahrung zählen.

Ina Blumenthal sieht das auch so. Schulische und berufliche Bildung jedem besser zugänglich zu machen hält sie für wichtig: „Jeder Mensch hat ein Anrecht auf kostenlose Bildung, daher sollten schon Kitaplätze kostenlos sein. Aber wir wollen uns zum Beispiel auch dafür einsetzen, dass die Meisterprüfung im Handwerk kostenlos wird.“

Die Landtagskandidatin hat viele Fragen an die Frauen, deren Antworten ihr bei der Gestaltung ihrer künftigen Arbeit im Landtag helfen sollen: „Es gibt Zahlen und Statistiken, aber ich möchte die Erfahrungen von Menschen mitnehmen.“ Ob die Männer im Haushalt helfen? Spanierin Vanessa Rendon schüttelt erst den Kopf, erklärt aber dann, dass der ausgebildete Koch, der hier auf dem Bau ar-

beitet, sonntags kocht und jeden Abend die Tochter ins Bett bringt. Thavamani Christian aus Sri Lanka umsorgt ihre drei erwachsenen Kinder, ihr Mann ist vor wenigen Monaten gestorben. Und Hisho Hama sagt: „Nach der Arbeit will mein Mann nur noch schlafen.“ Auf die Frage, wie sie das Aktivcenter erreichen, antwortet Hisho Hama, dass sie von Beckerfeld nach Gevelsberg eine Stunde unterwegs ist und der Bus nur stündlich verkehrt. Eine Wohnung in zentralerer Lage habe ihre Familie nicht gefunden.

Das zeigt Ina Blumenthal, dass in Sachen Mobilität im EN-Kreis noch Luft nach oben ist. Letztere sieht sie aber auch beim Thema Arbeitsplätze und zielt auf mehr innovative Gewerbeansiedlungen: „Immer noch sind hier viele Menschen ohne Arbeit. Wir brauchen noch mehr Arbeitsplätze.“

Zur Person: Ina Blumenthal lebt in Gevelsberg und ist „liiert aber nicht verheiratet“. Sie hat zunächst Theologie studiert, um Pfarrerin zu werden, hat dann jedoch zu Geschichte und Politik gewechselt. Sie war als Jugendliche zunächst bei den Falken und dann bei den Jusos. Schon 1999 wurde sie Mitglied des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Wirtschaftsförderung in Gevelsberg. Seit zehn Jahren leitet sie das Landtagsbüro der Soester SPD-Abgeordneten Marlies Stotz.

Im Café Herzken zeigen Menschen mit Handicap, was in ihnen steckt

„Die Nussecken und die Waffeln sind sehr zu empfehlen. Aber auch der Linsensalat ist wirklich lecker.“ Kirsten Stich, Landtagskandidatin der SPD für Hattingen, Schwelm, Wetter und Sprockhövel spricht aus Erfahrung, als sie an einem Nachmittag im März im Café Herzken in Wetter Volmarstein die Gäste bedient.

Sie hat sich die schwarze Schürze mit dem rotgestickten Herzken-Schriftzug umgebunden, um die Arbeit in diesem besonderen Café – hier arbeiten Menschen mit und ohne Handicap miteinander – mal aus der Perspektive der Belegschaft zu erleben.

„Dieses Café ist meine Herzensangelegenheit. Hier haben Menschen mit Handicap einen Superjob und können allen Menschen in ihrem Alltag zeigen, was in ihnen steckt. Als die Stiftung Volmarstein das Café vor zwei Jahren schließen wollte, haben wir seitens der SPD mit der Dorfinitiative Volmarstein über 1000 Unterschriften für den Erhalt gesammelt“, schildert die stellvertretende Wetteraner Bürgermeisterin. Dass die AWO EN bereit gewesen sei, das Café weiterzuführen, sei ein riesiger Glücksfall.

Vier Mitarbeitende und sieben Beschäftigte mit Handicaps arbeiten seit der Eröffnung unter Corona-Bedingungen und hoffen, bald endlich einmal ohne Einschränkungen Gäste bedienen zu dürfen. In der kleinen Küche werden Brot und Kuchen selbst gebacken, Salate und Dips angerührt, die noch viel mehr Gäste als bisher probieren sollten.

Auf einen Kaffee und eine Waffel kommt Kirsten Stich so oft es geht auf der Hunderunde vorbei, und



Vor ihrem Einsatz ließ sich Kirsten Stich (Mitte) von Xenia Kenter (l.) und Asra Goetz ins Bestellsystem des Cafés einweisen. Foto: AWO EN

wo es geht, macht sie Werbung für das Café Herzken. Diesmal lässt sie sich von Sebastian Lüling, der vor zwei Jahren den Job, den er so liebt, fast verloren hätte, hinter der Theke die Kaffeemaschine erklären. Dabei bringt die „Aushilfskellnerin für einen Nachmittag“ durchaus Erfahrung mit: „Als Studentin habe ich in der Lichtburg in Wetter hinter der Theke gejobbt. Das hat mir viel Spaß gemacht.“

Nicht nur Arbeitsmöglichkeiten, die ihren Fähigkeiten entsprechen, auch die Freiheit, so selbstständig wie möglich und so umsorgt wie nötig zu leben, seien für Menschen mit Handicaps ebenso wichtig wie für ältere Menschen. „Hier ist auch die Pflege ein wichtiges Thema. Dabei geht es um gerechte Entlohnung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die Minutenpflege im ambulanten Bereich geht zum Beispiel gar nicht“, umschreibt Kirsten Stich ein Feld, auf dem sie sich in der Landespolitik engagieren möchte.

Nicht weniger wichtig ist ihr aber auch die Bildungspolitik. Als Schulsozialarbeiterin an einer Haupt-

schule in Hagen erlebt sie täglich, dass Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen immer noch vom Wohnumfeld sowie von Bildung und Herkunft der Eltern abhängen. „Alle Kinder und Jugendlichen brauchen gleiche Chancen. Wir in der SPD sind doch diejenigen, die für die Menschen eintreten, denen es nicht so gut geht. Das macht doch den Unterschied aus“, sieht die 54-Jährige einen klaren Auftrag für die Landtagsfraktion, der sie bald angehören möchte. Doch an diesem Nachmittag heißt ihr erster Auftrag: „Ein Wasser und einen Weißwein für Tisch 2 auf der Terrasse.“

Zur Person: Kirsten Stich stammt aus Wetter, ist verheiratet und hat eine erwachsene Tochter. Mit 16 Jahren ist sie in die SPD eingetreten, war bei den Jusos aktiv und wurde 1994 in den Stadtrat gewählt. Seit 2009 ist sie stellvertretende Bürgermeisterin. Nach dem Studium der Sozialen Arbeit war sie Stadtjugendpflegerin in Ennepetal und hat in Arbeitsmarktprojekten für Arbeitslose auf dem Hagener Werkhof gearbeitet, bevor sie zur Schulsozialarbeit wechselte.



Die stellvertretende Bürgermeisterin Regina Fiedler (l.) und CDU-Landtagskandidatin Sarah Kramer (4.v.l.) informierten sich bei Sandra Moll, Natalia Koshel und Christopher Muschalla (v.r.) über den InKi. Foto: AWO

CDU-Politikerinnen zu Gast im Internationalen Kindertreff

Ein paar Kinder spielen am Tisch gemeinsam Rummikub, andere toben durch die Räume oder berichten den Mitarbeiter*innen gerade, was sie morgens in der Schule erlebt haben. Der Internationale Kindertreff der AWO EN, kurz InKi genannt, an der Sandstraße in Witten ist jeden Tag Treffpunkt vor allem für Kinder aus der nahe gelegenen Crengeldanz-Grundschule.

„Das ist hier wirklich ein schöner und wichtiger Ort, an dem die Kinder sich richtig wohlfühlen können. Der darf hier nicht fehlen“, zeigten sich die stellvertretende Bürgermeisterin Regina Fiedler (CDU) und ihre Fraktionskollegin und Landtagskandidatin Sarah Kramer bei einem Besuch beeindruckt von der gemütlichen Atmosphäre.

Doch jedes Jahr von neuem im Frühjahr ist fraglich, ob es im InKi weitergeht. „Für die Finanzierung bekommen wir Geld gemäß dem Kinder- und Jugendförderplan des Landes NRW. Das müssen wir in jedem Jahr neu beantragen, denn das Geld ist grundsätzlich für Projekte und nicht für dauerhafte Förderungen gedacht“, erklärte

Christopher Muschalla, Leiter des Fachbereiches „Arbeit und Qualifizierung“, in dem auch einige Kinder und Jugendprojekte verortet sind, den Politikerinnen.

Sie wollen sich in Fraktion, Rat und Verwaltung dafür einsetzen, dass es im Kindertreff unbedingt weitergehen kann und man auch langfristiger damit planen könne. „An Kindern darf man nicht sparen, denn das Geld, das man hier aufwendet, ist eine Investition in die Zukunft“, unterstrich Regina Fiedler.

Trotz großer finanzieller Probleme der Stadt, so auch Sarah Kramer, müsse man einen Weg finden, eine langfristige Perspektive für den InKi zu sichern. Natalia Koshel, Vorsitzende des Wittener Integrationsrates, sicherte dessen Unterstützung zu. Sie hat drei Jahre im Kindertreff gearbeitet und weiß, wie dringend vor allem die vielen Kinder mit Migrations- und Fluchthintergrund diesen Ort brauchen - in einem Quartier, in dem es kaum Spielmöglichkeiten für Kinder gibt und die Offene Ganztagschule nur die Hälfte aller Grundschulkin- der aufnehmen kann.

Ausstellung und Diskussion in der Bibliothek

Wie fühlst du dich in Deutschland? Was ist dir wichtig? Wie wollen wir zusammen leben? Die Wanderausstellung „Youniworth“ der Jugendmigrationsdienste richtet den Blick auf das Zusammenleben junger Menschen in Deutschland. Der Jugendmigrationsdienst der AWO EN hat die Ausstellung vom 22. März bis zum 8. April in die Wittener Bibliothek an der Husemannstraße geholt. Das interaktive Konzept der Ausstellung lädt zum Mitmachen ein. An sieben multimedialen Stationen gibt es zum Beispiel Kurzfilme, Spiele und Selfie-Aktionen.

Unter dem Titel „Haltung zeigen gegen Rassismus und Rechtspopulismus“ lädt der Jugendmigrationsdienst dann am Freitag, 1. April, um 13 Uhr zu einer Diskussionsveranstaltung in der Wittener Bibliothek ein. Referent ist der Wuppertaler SPD-Bundestagsabgeordnete, der sich innerhalb seiner politischen Arbeit intensiv mit rechtspopulistischen Strömungen auseinandersetzt. Said Rezek liest aus seinem Buch „Bloggen gegen Rassismus“.



Der Chor HarmoniEN spendete den Wohnhäusern Silschede, bei denen er einige Male zu Gast war, 1000 Euro. Die Spende kommt den Bewohner*innen zugute. Kassenwartin Anne Becker (l.) und Chor-Vorsitzender Manfred Bruzek überreichten die Spende an Anne Achenbach, stellvertretende Abteilungsleitung des Bereichs Wohnen. Foto: AWO EN



Mit einer spontanen Fotoaktion haben Mitarbeiter*innen die Position der AWO EN zur russischen Invasion in der Ukraine ins Bild gesetzt. Fotos: AWO EN

Gezielt und unkompliziert helfen Paket-Pat*innen den Geflüchteten

Um den Menschen, die vor den grausamen russischen Angriffen aus der Ukraine geflüchtet sind, gezielt zu helfen, hat sich auch die AWO EN einer Hilfsaktion der AWO Bochum angeschlossen.

„Werde Paket-Pat*in! Ukraine-Hilfe schnell, einfach und unkompliziert! Wir möchten Euch eine tolle Aktion des AWO Unterbezirks Ruhr-Mitte in Bochum für die Menschen in der

Ukraine ans Herz legen. Ab sofort gibt es dort die Möglichkeit, Paket-Pat*in zu werden. Interessierte können für 35 Euro ein Care-Paket zusammenstellen lassen“, lautete Anfang März ein Aufruf der AWO EN auf facebook. Die AWO-LKW werden von einem großen Lebensmittelhändler mit Paletten voller dringend benötigter Hilfsgütern beladen und zur ukrainischen Grenze gefahren, wo Hilfsorganisationen

dann die Pakete so packen können, dass sie passgenau eingesetzt werden. Die ersten LKW sind Mitte März Richtung Polen und Rumänien gefahren.

Die Ortsvereine reagierten teils blitzschnell auf diesen Appell. Der Stadtverband Witten, die Ortsvereine Hattingen-WInz-Baak, Ober- und Niedersprockhövel und Wetter-Volmarstein spendet je 350 Euro, der OV Breckerfeld 175 Euro, der OV Gevelsberg 500 Euro. Weitere OV wollten sich mit Spenden anschließen. Der OV Hattingen Holthausen informierte sich bei seinem Mitglied Jutta Kreutz, die auch Vorsitzende der Gesellschaft Bochum-Donezk ist, was vor Ort gebraucht wird, um seine Spende daran auszurichten.

Wer helfen möchte, kann seine Spende auf folgendes Konto überweisen:

AWO Bochum
IBAN: DE75 4305 0001 0001 2088 18
BIC: WELADED1BOC
Stichwort: Ukraine-Hilfe



500 Euro aus Erlösen der Strickgruppe haben Renate Alshuth (r.), Vorsitzende des Stadtverbands Witten und Brigitte Hirsch an AWO International gespendet. Foto: AWO EN

Gegen den Krieg in der Ukraine wendet sich auch der Ortsverein Hattingen-Welper. Die Mitglieder wollen das mit diesem Foto (r.) öffentlich machen, spontan aufgenommen bei einem Treffen. Bei manchen der Mitglieder sind noch eigene Erinnerungen an die schweren Kriegs- und Nachkriegsjahre oder auch die Erzählungen über Kriegserlebnisse der Eltern und Großeltern wach. Foto: AWO EN





Der 100. Geburtstag von Lutzeta Storch aus dem OV Welper fiel mit ihrer 40-jährigen AWO-Mitgliedschaft zusammen. Sie freute sich sehr über Gratulationen und hatte viel zu erzählen. Foto: AWO EN



Selbst der Sturm konnte einige Mitglieder des OV Witten Schnee Mitte Februar nicht vom ersten Wiedersehen nach erneuter Corona-Pause abhalten. Die dem Sturm getrotzt hatten, brachten danach sogar noch denen Kuchen, die daheim geblieben waren. Foto: AWO EN



Der neue Bürgertreff in Hattingen-Welper soll im Sommer fertig sein. Die OV-Mitglieder freuen sich schon sehr darauf. Zu ihren fröhlichen Bingo-Runden beim Kaffee werden sie sich bis dahin regelmäßig an jedem ersten Dienstag im Monat in den bisher genutzten Räumen treffen. Foto: AWO EN

500 Euro für Kinderbetreuung gespendet

Wie funktioniert das tägliche Leben in Deutschland? Antworten auf diese Frage finden Frauen mit Migrations- und Fluchthintergrund in einem Kurs, den der Jugendmigrationsdienst der AWO EN in Witten anbietet. Sie haben dort die

Möglichkeit, Grundlagen der deutschen Sprache zu erlernen und gleichzeitig vieles über den Alltag in der neuen Heimat zu erfahren. Doch die Teilnahme ist für die meisten der zwölf Frauen nur möglich, wenn sie ihre kleinen Kinder

mitbringen können. „Es sind zehn Kinder, deren Betreuung wir während des Kurses nun mit Hilfe einer Spende über 500 Euro des AWO-Stadtverbandes Witten regeln können“, freut sich Larissa Boguta vom Jugendmigrationsdienst.



Auch mit den Grundlagen gesunder Ernährung haben sich die Frauen im Kurs befasst. Foto: AWO EN

Mit netter Begleitung machen Ausflüge ins Internet viel Freude

Immer mehr ältere Menschen wagen sich ins Internet oder greifen zum Smartphone. An vielen Orten im EN Kreis, z. B. in Breckerfeld, Gevelsberg, Hattingen, Witten und Herdecke, gibt es Digital-Kurse in den AWO-Ortsvereinen. In kleinen Gruppen wird mit Hilfe von Ehrenamtlichen (kl. Foto unten) oder auch über Bildschirmscreening die Menüführung und Bedienung von Smartphones und Internet erklärt. Viele Mitglieder haben Spaß daran, sich unter Anleitung mit der neuen Technik zu befassen und sind manchmal ganz erstaunt, dass es gar nicht so schwer ist.

Weitere Teilnehmer, die sich bisher vielleicht noch nicht getraut haben,



sind dabei jederzeit willkommen. Gesucht werden auch noch mehr ehrenamtliche Helfer, die sich mit Internet und Smartphone-Nutzung auskennen und ältere Menschen bei den ersten Schritten damit unterstützen möchten. Die Stiftung Wohlfahrtspflege hat es möglich gemacht, dass die AWO EN diese Kurse für ihre Mitglieder organisieren kann. Mit Fördermitteln konnten die Geräte angeschafft werden, die das Internet in die Begegnungsstätten holen sowie auch Tablets, mit denen geübt werden kann.

Während der Corona-Beschränkungen haben viele Mitglieder erlebt, dass man sich per Internet die AWO-Begegnungsstätte ins eigene Wohnzimmer holen kann. Per Videochat kann man sich treffen und plaudern. Aber auch feste gemeinsame Termine finden immer mehr Online-Besucher – sogar über mehrere Städte und Ortsvereine hinweg. An jedem zweiten und vierten Dienstag im Monat steht die



Sitzgymnastik (Foto oben) auf dem Programm, die nun auch schon „hybrid“ angeboten wird, das heißt, man kann vor Ort in der Begegnungsstätte oder auch von zu Hause per Videochat mitmachen. Eine wachsende Bingo-Runde trifft sich an jedem letzten Dienstag im Monat online und hat viel Spaß beim gemeinsamen Spiel.

„Die Technik für hybride Veranstaltungen ist leicht anzuwenden. Das heißt, auch ohne Corona-Beschränkungen können künftig Mitglieder an Angeboten teilnehmen, die nicht in die Begegnungsstätte kommen können, aber dabei sein möchten“, freut sich Sabine Kowalski, Ansprechpartnerin der Ortsvereine bei der AWO EN.



Das Jugendwerk der AWO EN beteiligt sich an den Digitalangeboten für Ältere im Projekt „Herzlich Digital - mach mit“. Von den Grundlagen der Smartphone-Bedienung bis zur Sicherung der Dateien geben die jungen AWO-Mitglieder ihr Wissen an die ältere Generation weiter, wie hier beim OV Gevelsberg. Die Corona-Pandemie hat die Aktivitäten des Jugendwerks an vielen Stellen ausgebremst, aber den Elan nicht gebrochen. Nähere Informationen über das Jugendwerk gibt es per Mail (info@kjuw-en.de) oder über die AWO-Geschäftsstelle unter Tel. 02332 - 7004-30 oder 7004-24. Foto: AWO EN

Impressum

Herausgeber:
Arbeiterwohlfahrt,
Unterbezirk Ennepe-Ruhr
Neustraße 10
58285 Gevelsberg

Verantwortlich:
Jochen Winter

**Verantwortlich für die Seiten
des Bezirksverbandes:**
Jörg Richard
AWO-Bezirk westl. Westfalen e.V.
Kronenstraße 63-69
44139 Dortmund

Redaktion:
Beatrice Haddenhorst

Druck:
Mario Fragomeli, Hagen

Auflage:
9000 Exemplare

Kräfteemangel, Bildung, Pflege - klare Erwartungen an NRW-Politik

Mit dem Vorstandsvorsitzenden Michael Scheffler und Geschäftsführer Uwe Hildebrandt haben wir über ihre Erwartungen an die neue Landesregierung gesprochen, die am 15. Mai in NRW gewählt wird.

Herr Scheffler, Rio Reiser hat einen Song mit dem Titel „König von Deutschland“ veröffentlicht, in dem er seinen Wünschen musikalisch freien Lauf lässt. Was würden Sie zuerst ändern, wenn Sie „König“ von NRW wären?

Michael Scheffler: Da die Kin-

der und Jugendlichen die großen Verlierer der Pandemie sind, würde ich durch das Land reisen und mit ihnen sprechen. Aus den Ergebnissen würde ich ein großes Programm zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen auflegen, um zu kompensieren, was man ihnen genommen und ange-tan hat. Ich glaube nämlich, dass die Kinder ihre Bezugspersonen in der Kita oder in der Schule und ihre Kumpel und Kumpelinnen brauchen, auf die sie zum Teil verzichten müssen. Und zur ganzen Wahrheit gehört auch, dass zu Hause nicht immer Friede, Freude, Eierkuchen

herrscht, sondern dort hat es wahrscheinlich auch Konflikte gegeben.

Herr Hildebrandt, und Sie?

Uwe Hildebrandt: Ich würde wie Dagobert Duck den Geldspeicher öffnen, aber für eine gerechte Verteilung der Corona-Prämie. Es ist unerträglich, dass aktuell darüber diskutiert wird, dass auch Beamte, die die letzten zwei Jahre im Home-Office kaum Kundenkontakt hatten, eine zweite Prämie erhalten sollen, während andere Berufsgruppen noch keine einzige erhalten haben. Da denke ich an unsere Kitas und Offenen Ganztagschulen. Denn selbst als Schulen geschlossen hatten, war die OGS geöffnet und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich um die Kinder gekümmert und sich gleichzeitig einem Gesundheitsrisiko ausgesetzt.

Was sind in Bezug auf den Bezirk die größten Herausforderungen der Landespolitik?

Michael Scheffler: Größte Herausforderung ist die Bekämpfung des Arbeitskräftemangels, der sich eigentlich in allen Bereichen darstellt. An die Landesregierung habe ich die klare Erwartung, dass sie sich dem Thema Schule und Beruf zuwendet und dafür sorgt, dass Ausbildungen für junge Menschen mit Abschlüssen von allen Schulformen zugänglich sind.

Auch das große Thema Wohnen bewegt viele Menschen. Besonders junge Menschen können teils hohe Mieten kaum stemmen. Das Thema Energiearmut wird in Zukunft ebenfalls eine Rolle spielen. Auch der Klimaschutz steht auf unserer Agenda. Dieser kann nur funktionieren, wenn es genug flächendeckenden ÖPNV gibt.

Fortsetzung nächste Seite



Stichwort Klimaschutz... welche Anreize braucht es?

Uwe Hildebrandt (Foto oben): Wir brauchen andere Refinanzierungsregelungen. Wir investieren in diesem Jahr 25 Millionen in die Bestandshäuser, unter anderem um neue Heizungen zu installieren. Das eingesparte Geld könnte als Kostensenkung bei den nächsten Pflegesatzverhandlungen vom Pflegesatz abgezogen werden. Das heißt, wir profitieren nicht von den Investitionen. Und auch andere Investitionen wie beispielsweise Verschattungsanlagen werden gar nicht finanziert. Diese sind eine umweltfreundliche Alternative zu Klimaanlage und zudem in den Seniorenzentren im Rahmen des Klimawandels ratsam.

Welche dringenden Anpassungen sind in der Pflege nötig?

Uwe Hildebrandt: Der Eigenanteil muss unbedingt begrenzt werden. Pflege darf kein Armutsrisiko sein. Wir wehren uns gegen eine weitere Privatisierung der Bereiche. Wo es um Kitas, OGS und Pflege geht, hat Rendite- und Gewinnerwartung nichts zu suchen. Da geht es um Chancengerechtigkeit und um die letzte Lebensphase für Menschen, die dieses Land aufgebaut haben

und die haben es nicht verdient am Ende ein Rendite-Objekt zu werden.

Michael Scheffler (Foto r.): Da darf auch die Einführung der Pflegebürgerversicherung nicht fehlen, eine Forderung, die wir seit langer Zeit haben. Zusätzlich wünsche ich mir von der Politik, dass eine verbindliche Sozialplanung für ältere Menschen zu einer kommunalen Pflichtaufgabe wird.

Stichworte Kita und OGS. Die Pandemie hat gezeigt, dass diese Bereiche existenzrelevant für Familien und Bildungsgerechtigkeit sind. Wie stärken wir die Einrichtungen, damit sie diese wesentlichen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben stemmen können?

Uwe Hildebrandt: Bildung muss kostenlos sein. Eine Spaltung darf nicht schon bei den Kleinsten in der Kita beginnen. Private Anbieter haben teilweise Kursangebote, die kostenpflichtig sind. Das können sich nur die Eltern leisten, die genug Geld haben. So eine Spaltung gibt es bei der AWO nicht. Ich habe immer gedacht, dass wir in einem Land leben, in dem jeder die gleiche Chance bekommt. Auch Integration kann so nicht funktionieren, da müssen Kommunen stärker in die Verantwortung genommen werden, um Chancengerechtigkeit zu schaffen.

Michael Scheffler: Der richtige Weg wäre, wenn wie im österreichischen Burgenland alle privaten Träger von Seniorenzentren innerhalb der nächsten fünf Jahre in die Gemeinnützigkeit übergehen müssten. Das würde ich übrigens auch einführen, wenn ich König von Deutschland wäre...

Ob zuhause oder in der Pflege – vor allem Frauen haben in der Pandemie sehr viel leisten müssen. Besonders hart hat es Alleinerziehende und ihre Kinder getroffen. Was braucht es, um Alleinerziehende zu stärken?

Michael Scheffler: Man muss sich darauf verlassen können, dass das Angebot in Kindergarten und Grundschule aufrechterhalten wird. Ich kenne viele Alleinerziehende, die sagen „ohne Oma und Opa könnte ich gar nicht arbeiten“. Ein weiterer Ansatz wäre es, die Grundschulen zu Familienzentren weiterzuentwickeln. Zudem gibt es einen hohen Handlungsbedarf im Hinblick auf die Armutsquote bei Kindern, die trotz boomender Konjunktur gestiegen ist. Eine Art Feuerwehrgeld könnte Alleinerziehenden schnell und gezielt in einer Notsituation helfen. Zudem setzen wir als AWO große Hoffnungen darauf, dass auf Bundesebene unsere alte Forderung nach der Kindergrundsicherung umgesetzt wird. Das Motto „Kein Kind zurücklassen“ gilt nach wie vor.



Uwe Hildebrandt: Wenn wir erwarten, dass es verkaufsoffene Sonntage gibt, dann müssen die Verkäuferinnen und Verkäufer auch die Chance haben, ihre Kinder am Wochenende oder zu Randzeiten in der Kita betreuen lassen zu können. Wenn wir an die Alleinerziehenden denken, müssen wir auch an die Kinderbetreuung denken. Wir würden gerne Alternativen schaffen, aber dafür braucht es Fachkräfte und ein bestimmtes Budget.

Miteinander trotz Corona



Geschichten, die Corona schrieb. Die AWO erzählt sie. Im AWO Video-Podcast „Miteinander trotz Corona“ kommen unterschiedliche Menschen aus dem westlichen Westfalen zu Wort. Sie berichten vor der Kamera wie sie die Pandemie erlebt haben, welche Krisen sie meistern mussten und wie sie ihren (beruflichen) Alltag umgestaltet haben.

Wie hat uns die Pandemie geprägt und vor allem: Welche politischen Konsequenzen ergeben sich nun?

Los geht es am: 17.03.2022.
Infos unter: www.awo-ww.de/videoodcast



Film ab!



Gefördert durch die

GlücklichSpirale

Ausstellung: Von der Blütenpracht zur Farbenpracht

Am Anfang standen winzige Samenkörner, am Ende farbenfrohe Gemälde. Ein Jahr lang begleitete Gartentherapeutin Carmen Feldhaus die Gäste des Vicus Treffs Gevelsberg, eines Treffpunkts für Menschen mit Behinderungen im Rentenalter. Gemeinsam wurde ein Färbergarten angelegt. Aus Blüten, Rinden, Pollen oder Wurzeln der Pflanzen stellten die Gäste dann selber Farben her. Mit denen gestalten sie fantasievolle Gemälde, begleitet von Vicus-Mitarbeiterin Maryam Farmaniyeh

Nun laden die Künstler*innen am Samstag, 9. April um 14.30 Uhr zur Vernissage ihrer Ausstellung „Von der Blütenpracht zur Farbenpracht“ im Bürgerhaus Alte Johanniskirche in Gevelsberg ein. Sie werden vor Ort Pflanzenfarben herstellen und zum Mitmachen einladen.



Ein Fahrrad, gemalt mit Pflanzenfarben.

Foto: AWO EN



...in der AWO EN ist ganz einfach über diesen Button auf unserer Homepage www.awo-en.de möglich. Wir helfen dort, wo im EN-Kreis Hilfe gebraucht wird. Unterstützen Sie uns dabei! Wir freuen uns auf Sie!



Das Team des AWO-Reisedienstes hat über 400 Reiseangebote mit viel Komfort für Senioren zusammengestellt.

Foto: Bernd Henkel

Reisedienst steuert wieder traumhafte Ferienzele an

Seinen neuen Katalog mit allen Seniorenreisen für 2022 hat der Soziale Reisedienst der AWO herausgebracht. Weit über 400 Reisen für die verschiedensten Urlaubsinteressen werden vorgestellt. „Das Angebotsspektrum reicht von begleiteten Kur- und Erholungsreisen bis hin zu speziellen Aktiv- und Erlebnisreisen mit Zielen von der Nordsee bis zu den Kanaren. Alle sind auf Wunsch mit Hausabholung und Gepäcktransfer möglich“, erklärt Julia Weinhold, Leiterin des AWO-Reisedienstes.

Auch die beliebten Kleinbusreisen unter dem Motto „von Haus

zu Haus mit Kofferservice“ sind wieder mit vielen attraktiven Reisezielen – von Norderney bis Bad Füssing - im Programm. Ein ganz neues Angebot sind die sogenannten „Sehnsuchtsreisen“, die ganz individuelle Wünsche erfüllen sollen. Eine Teilnahme an den verschiedenen Urlaubsreisen steht allen interessierten älteren Menschen offen.

Der Katalog ist ab sofort kostenlos erhältlich. Er kann telefonisch unter Tel. 0 23 32/70 04 96 angefordert werden. Auch im Internet ist der Katalog einsehbar: www.awo-seniorentouristik.de.

Logopädie-Schule startet neuen Kurs

Logopäd*innen haben nach ihrer dreijährigen Ausbildung keine Probleme, auf dem Arbeitsmarkt eine Stelle zu finden. Viele können schon vor dem Ende der Ausbildung einen Arbeitsvertrag unterschreiben. Zudem eröffnet sich für sie ein großes Weiterbildungsspektrum.

Die Schule für Logopädie der AWO EN in Hattingen startet im Herbst einen neuen kostenlosen Ausbildungskurs, zu dem man sich ab sofort anmelden kann. Die

Schüler*innen erwartet während der Vollzeit-Ausbildung neben dem theoretischen Unterricht ein großes praktisches Therapiespektrum in eigenen Praxen in Hattingen und Gevelsberg sowie in kooperierenden Altenheimen, Kliniken und Kindertageseinrichtungen. Nähere Informationen zur Ausbildung gibt Schulleiterin Cornelia Oestereich unter Tel. 0 23 24/50 04 30 oder per Mail, logopaedieschule@awo-en.de. Infos gibt es auch im Internet unter www.logopaedie-schule.de und bei Facebook.